

## **ÖSTERREICHISCHE STELLUNGNAHME ZUM 1. ENTWURF DER EK FÜR NEUE LEITLINIEN FÜR KLIMA-, UMWELTSCHUTZ- UND ENERGIEBEIHILFEN**

Die österreichischen Behörden (Ö) bedanken sich bei der Europäischen Kommission (EK) für die Überarbeitung der Leitlinien für Klima-, Umweltschutz- und Energiebeihilfen (CEEAG) und für die Bereitschaft, die Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge zu berücksichtigen.

### **I. EINLEITUNG**

Zur Erreichung der ambitionierten Ziele des Green Deals ist ein enormer Innovations- und Investitionsschub erforderlich. Um die Zielerreichung durch „staatliche Beihilfen“ breiter unterstützen zu können, verfolgt der vorliegende 1. Entwurf der EK für die neuen Leitlinien generell einen flexibleren, weniger präzisierten Ansatz. Der Anwendungsbereich wird erweitert, allerdings setzt die EK verstärkt auf Technologie-neutrale, wettbewerbliche Ausschreibungen zur Ermittlung der Beihilfenhöhe. Zahlreiche Green Deal Referenzen und Elemente sind inkludiert, z.B. das, aus der Taxonomie-VO bekannte „Do no significant harm“ Prinzip (Rn. 69).

Das EU-Beihilfenrecht sollte nicht einzig auf die Behebung eines grundsätzlichen Marktversagens abstellen, sondern sollte auch auf die Beschleunigung der erforderlichen Transformationen zielen und entsprechende Anreize für die Unternehmen zur schnelleren Umsetzung bieten. Im Sinne des Green Deals sollten Investitionen in den Bereichen Klima, Umweltschutz und Energie grundsätzlich als ein Wettbewerbsvorteil für Europa wahrgenommen werden, anstatt darin eine potentielle Wettbewerbsverzerrung zu sehen. Dieser Gedanke sollte sich auch in einem zielorientierten und anwenderfreundlichen Beihilfenrecht wiederfinden. Die Einführung von neuen, administrativen und zeitaufwendigen Verpflichtungen, wie etwa die neu vorgesehene „öffentliche Konsultation“ vor der Notifikation einer geplanten Beihilfemaßnahme (Rn. 85), wird daher kritisch hinterfragt.

Überdies sollten insbesondere für die Förderung von Erneuerbaren Energien weiterhin auch Technologie-spezifische Ansätze zulässig sein, u.a. um nicht mit dem primärrechtlich verankerten Recht zu kollidieren, wonach die Mitgliedsstaaten (MS) die Wahl und die Zusammensetzung ihrer Energiequellen selbst festlegen können. (Art 194 (2) AEUV)

Interessant ist zudem, wonach in dem vorliegenden 1. Entwurf der EK für neue Leitlinien allgemein von „aid measures“ gesprochen wird und hinsichtlich der Anwendbarkeit der Regelungen nicht zwi-

schen Betrieb- und Investitionsbeihilfen unterscheiden wird. Damit weicht die EK von ihrer bisherigen Entscheidungspraxis ab, Beihilfen, die lediglich die umweltrelevanten Investitionskosten fördern nicht mit demselben administrativen Aufwand zu prüfen, als Beihilfen, die neben den Errichtungskosten auch laufende Betriebskosten abdecken und somit grundsätzlich mehr geeignet sind, den Wettbewerb zu verzerren. Zumindest für jene Investitionsbeihilfen, die unter die AGVO fallen, sollten weiterhin praktikable und einfache Vereinbarkeitskriterien (wie etwa definierte förderbare Kosten und maximale Beihilfeintensitäten) erhalten bleiben.

Das EU-Beihilfenrecht sollte zudem das „level playing field“ zu den Wirtschaftsräumen außerhalb des EWR entsprechend im Auge behalten und einen Beitrag leisten, die strategische Autonomie Europas u.a. in der Bereitstellung von klimafreundlichen Produkten, Dienstleistungen und Schlüsseltechnologien zu unterstützen.

## **II. ZUSAMENSPIEL ZWISCHEN DEN LEITLINIEN UND DER AGVO**

Die österreichischen Förderprogramme sind weitgehend auf der Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungs-VO (AGVO) freigestellt. Mit der Beschlussfassung der Verlängerungs-VO 2020/972 vom 2.7.2020 hat die EK eine Rechtsgrundlage für die Verlängerungen der AGVO Nr. 651/2014 und der De minimis-VO Nr. 1407/2013 um 3 Jahre, bis 31.12.2023 geschaffen. Aus Gründen der Rechtssicherheit ist eine Übereinstimmung der Begriffsbestimmungen und eine Abstimmung zwischen den Rechtsgrundlagen (Leitlinien und AGVO) wesentlich. Daher ersucht Ö, die AGVO zeitnah anzupassen.

Die Vielzahl der kleineren und mittleren Maßnahmen sollten weiterhin überwiegend von der AGVO abgedeckt werden. Die bisherigen beihilferechtlichen Kriterien der AGVO, vor allem für Investitionsbeihilfen (definierte förderbare Kosten, die bis zu festgelegten Obergrenzen/Beihilfeintensitäten zulässig sind), sollten im Sinne einer praktikablen Handhabung beibehalten werden.

In der AGVO sollten überdies entsprechende, neue Förderungsmöglichkeiten für die Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme oder CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion, Mobilität und Infrastruktur ergänzt werden. Überdies bedarf es einer Ergänzung für die Förderung von Wasserstoff in der AGVO. Zudem ist es notwendig, den Bau oder Ausbau eines Netzes von Wasserstoffleitungen zu unterstützen. Zielführend erscheint auch eine Erhöhung der verschiedenen Beihilfeintensitäten und eine Erhöhung der Anmeldeschwellen in der AGVO.

Zur Erreichung der Klimaziele sind neben großen und mittleren, vor allem viele kleine Projekte vor Ort erforderlich. Daher wäre es zielführend, wenn neben der zeitnahen Anpassung der AGVO auch in

der „De minimis“ VO der Grenzbetrag von derzeit € 200.000.- pro Unternehmen innerhalb von 3 Jahren zeitnah erhöht werden würde (etwa auf € 500.000.-).

### III. ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

#### III.1. Unternehmen in Schwierigkeiten (ad Rn. 13 des 1. Entwurfs der EK, CEEAG)

Wie bereits mehrfach von Ö angesprochen, stellt die Definition für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (UiS) gemäß Abschnitt 2.2. der „Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten“ (ABl. C 249 vom 31.7.2014, S.1) bzw. nach Art. 2 Abs. 18 AGVO Nr. 651/2014 vor allem in Bezug auf das Kriterium des Eigenkapitalanteils eine große Herausforderung, insbesondere für Start-ups und generell für KMU dar. KMU verfügen oftmals über eine geringe Eigenkapitalquote, sind aber dennoch solide und nicht Gegenstand eines innerstaatlichen Insolvenzverfahrens.

Mit einer Verschärfung der Situation (geringe Eigenkapitalquote) aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Krise ist zu rechnen. Aus diesem Grund hat die EK bereits mit einer Erleichterung für die UiS in dem befristeten COVID-19 Beihilferahmen reagiert. Die **Erleichterungen für UiS während der Laufzeit des befristeten COVID-19 Beihilferahmens**, zuletzt geändert mit Beschluss der EK C (2021) 564 final vom 28.1.2021, sollten aus Gründen der Rechtssicherheit vollständig in die Leitlinien und in die AGVO übernommen werden.

**Darüberhinausgehend** ist damit zu rechnen, wonach auch nach dem Auslaufen des zeitlich befristeten COVID-19 Beihilferahmens, vor allem die KMU weiterhin verstärkt eine geringe Eigenkapitaldecke haben werden. Andererseits müssen auch die KMU die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen und neue, klimafreundliche Investitionen tätigen. Daher sollten Start-ups und **generell KMU**, die in der Regel nicht geeignet sind, den Handel zwischen den MS in einer unverhältnismäßigen Weise zu verzerren, **aus dem Ausschluss der UiS aus dem Geltungsbereich der AGVO und der Leitlinien ausgenommen werden**, wenn das begünstigte Unternehmen nicht die Voraussetzungen für die Einleitung eines Insolvenzverfahrens nach dem nationalen Recht erfüllt. **Diese Ergänzungen sollten umgehend in die allgemeinen, beihilferechtlichen Grundlagen aufgenommen werden.** Die wirtschaftliche Situation in Europa erfordert diesbezüglich eine schnelle Umsetzung.

### III.2. Anreizeffekt (ad Abschnitt 3.1.2.)

Der Anreizeffekt muss erfüllt sein, damit eine Beihilfe von der EK als zulässig erklärt werden kann. Dieser setzt grundsätzlich eine freiwillige Mehrleistung, dh eine „Übererfüllung“ einer verpflichtenden Unionsnorm voraus.

In Rn. 31 vertritt die EK daher die Auffassung, wonach Beihilfen, die gewährt werden, lediglich um die Kosten der Anpassung an neue, strengere Unionsnormen, die bereits erlassen und in Kraft getreten sind, abzudecken, keinen Anreizeffekt darstellen. Im Lichte der zum Teil sehr ambitionierten Vorgaben zur Erreichung der Klimaziele sollte jedoch überlegt werden, ob insbesondere für KMU, etwa im Rahmen der AGVO, Förderungsmöglichkeiten neu geschaffen werden, wonach Investitionen, die in einer relativ kurzen Zeit umgesetzt werden müssen, beihilfefähig sind, selbst wenn es sich dabei um bereits in Kraft getretene, verpflichtende Umsetzungsvorgaben handeln sollte, etwa im Bereich der „sauberen Mobilität“.

### III.3. Geeignetheit des Beihilfeinstruments (ad Rn. 42 bis 45)

Die EK führt in dem vorliegenden Entwurf ein neues Prüfkriterium ein. Demnach müsste der Mitgliedsstaat (MS) belegen, wonach das jeweils gewählte Beihilfeinstrument (Zuschuss, staatliche Garantie, Steuerermäßigung, etc.) das geeignetste Instrument sei. **Ö lehnt diese neu vorgesehene Nachweispflicht ab**, denn sie würde in die **freie Wahl des Beihilfeninstruments durch die MS** eingreifen und hat beihilferechtlich keinen erkennbaren Mehrwert. Die beihilferechtlichen Obergrenzen werden ohnehin mittels der Beihilfe-Elemente (Brutto-Subventionsäquivalente) transparent ermittelt, unbeschadet der gewählten Beihilfeinstrumente.

### III.4. Angemessenheit der Beihilfe (ad 3.2.1.3.)

Größere Beihilfen, die nicht von der AGVO gedeckt sind und daher einer Notifikationspflicht unterliegen, müssen nachweislich auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt sein. Die EK sieht in dem vorliegenden Entwurf die Angemessenheit der Beihilfe dann als erfüllt an, wenn die Beihilfe auf die erforderlichen zusätzlichen Nettokosten (Finanzierungslücke, „funding gap“) begrenzt ist, oder wenn die Beihilfenhöhe durch ein wettbewerbliches Bieterverfahren ermittelt wurde.

### **III.5.1. Finanzierungslücke, zusätzliche Nettokosten**

Für größere, einzelne Vorhaben für betriebliche Transformationsprozesse, die einer ex-ante Notifikationspflicht unterliegen, ist die Finanzierungslückenberechnung naheliegend.

Nach Rn. 103 des Entwurfs können Beihilfen für die Dekarbonisierung zahlreiche Formen annehmen, darunter Zuschüsse und Verträge für laufende Beihilfezahlungen, wie etwa Differenzverträge. Die „Contracts for Difference“ (CfD) stellen ein praxistaugliches Instrument zur staatlichen Unterstützung einer effektiven Transformation in der Industrie dar. „Contracts for Difference“ sind im Beihilferecht, wie die Judikatur in der Rs T-356/15 bzw. Rs C-594/18 P, Hinkley Point, gezeigt hat, als gut geeignetes Beihilfeinstrument anerkannt und von den Gerichten als prinzipiell mit dem Binnenmarkt vereinbar bewertet worden. Über CfD können dabei nicht nur Beihilfen für Investitionen in die für eine CO<sub>2</sub>-arme bzw. CO<sub>2</sub>-neutrale Produktion erforderliche Produktionsinfrastruktur ermöglicht werden, sondern auch Beihilfen für die hierfür erforderlichen Betriebsmittel, wie Wasserstoff und grünen Strom. Im Zusammenhang mit Industrie bedarf es hinsichtlich der CfD einer Klarstellung und diese sollten daher in den Leitlinien besser herausgearbeitet werden (beispielsweise ist die Wertschöpfungskette für Stahl komplexer als für Strom) um ein level-playing-field in der EU respektive im Binnenmarkt zu gewährleisten. Eine ergänzende Klarstellung, wonach die „Finanzierungslücke“ aus der Differenz der LCOP (Levelised Cost of Product) und dem Marktpreis ermittelt werden kann, wäre hilfreich.

### **III.5.2. Ausschreibungen und Bieterverfahren**

Im Vergleich zu den derzeit gültigen Leitlinien kommt es zu einer Verschärfung der Anforderungen an die möglichen Ausschreibungen und Bieterverfahren (zur Ermittlung der Beihilfenhöhe). Schlankere Regelungen wären jedoch vielmehr erforderlich. Es sollte vermieden werden, dass das europäische Regelungsregime für Umwelt- und Energiebeihilfen auf eine Beihilfenauktion reduziert wird, in dem das Preiselement die eigentlichen Inhalte der Projekte dominiert.

In kleineren MS wie Österreich sind Ausschreibungen aufgrund teils geringer Anzahl bietender Unternehmen oftmals nicht zielführend. Es braucht explizite Ausnahmemöglichkeiten. Das Primat der Ausschreibung von Beihilfen, wie es in einigen Fördertatbeständen verbindlich vorgesehen ist, ist grundsätzlich zu hinterfragen. Das übergeordnete Ziel ist die Dekarbonisierung, etwa indem Anreize für Unternehmen geschaffen werden, um in klimafreundliche Prozesse zu investieren. Dazu sollten Barrieren so gering wie möglich gehalten werden. Konkret sind z.B. für die Transformation hin zu Klimaneutralität der energieintensiven Industrie in Österreich in der Regel wenige Unternehmen in

höchst unterschiedlichen Sektoren betroffen. Eine generelle Verpflichtung zur Ausschreibung wird daher als nicht zielführend gesehen.

Die neuen Vorgaben sind zum Teil überschießend. Insbesondere die neue, zusätzliche Verpflichtung, wonach eine „öffentliche Konsultation“ - mindestens 8 Wochen lang - vor der Notifikation neuer Beihilfenmaßnahmen durchgeführt werden muss (Rn. 85), ist zu bürokratisch und zu Zeitaufwendig und kann daher nicht befürwortet werden.

Um die Klimaneutralität zügig zu erreichen, bedarf es vieler Fördermaßnahmen. Die neu vorgesehene „öffentliche Konsultation“ verzögert die Implementierung dieser Maßnahmen. Die gesetzlichen Grundlagen einer Förderung in Ö werden ohnehin in der Regel einem umfassenden Begutachtungsprozess unterzogen, um alle Stakeholder transparent einzubinden. Im Fall von Ausschreibungen wäre die Öffentlichkeitsbeteiligung außerdem bereits bei der Veröffentlichung gegeben.

#### **III.5.3. Technologie-spezifische Ansätze (ad 4.1.)**

Technologie-spezifische Förderungsmöglichkeiten vor allem innerhalb der Erneuerbaren Energieträger sollten auch weiterhin möglich sein. Eine zu starke Einschränkung auf Technologie-neutrale Ansätze könnte mit dem primärrechtlich verankerten Recht der MS, die Zusammensetzung der Energieträger frei wählen zu können, kollidieren. Gerade die jüngste „Hinkley Point“ Judikatur bekräftigt dieses Recht der MS. In Rn 48 des Urteils vom 22. September 2020 (Rs. C-594/18 P) verweist der Gerichtshof explizit auf das Recht der MS, gemäß Art. 194 Abs. 2 AEUV ihren Energiemix selbst zu bestimmen.

#### **III.6. Beihilfen in Form einer Ermäßigung von Steuern oder steuerähnlichen Abgaben (ad 4.7.)**

In diesem Abschnitt sollte explizit klargestellt werden, wonach die bestehenden, **speziellen Steuerermäßigungen, die EU-weit geregelt sind**, wie etwa die RL 2003/96/EG (Energiesteuerriichtlinie), **nicht eingeschränkt werden** durch die in Abschnitt 4.7. angeführten allgemeinen Kriterien. Der Rechtsgrundsatz „Lex specialis derogat legi generali“ sollte in diesem Abschnitt klargestellt werden.

### III.7. Beihilfen in Form einer Ermäßigung der Stromabgaben für energieintensive Unternehmen (ad 4.11.)

Für die Entlastung bei Umlagen auf den Strompreis sieht der vorliegende Entwurf eine Kürzung der Liste derjenigen Sektoren vor, die eine Ausgleichsregelung in Anspruch nehmen können. Dies könnte, aus Sicht der österr. Industrie, die Transformation von Produktionsprozessen konterkarieren und schützt nicht vor Carbon Leakage. Deshalb wird ersucht, die **Sektorenliste der bisher geltenden Leitlinien weiter aufrecht zu erhalten**, damit wichtige Sektoren (zB 1722 Herstellung von Haushalts-, Hygiene- und Toilettenartikel, 2011 Herstellung industrieller Gase, 2319 Herstellung, Veredlung und Bearbeitung von sonstigem Glas einschließlich technischen Glaswaren. 2332 Herstellung von Ziegeln und sonstiger Baukeramik, 2349 Herstellung von sonstigen keramischen Erzeugnissen, 2351 Herstellung von Zement, 2352 Herstellung von Kalk und gebranntem Gips) nicht gestrichen werden. Die Streichung und damit unterschiedliche Behandlung dieser Sektoren von anderen Sektoren auf der Liste würde zu Problemen in der Praxis, wie etwa Marktverzerrungen, führen. Die Beibehaltung der Ausnahme für diese energieintensiven Sektoren, in Verbindung mit den bisherigen Kriterien (4% Handelsintensität und 20% Stromintensität) ist entscheidend für die verstärkte Elektrifizierung von Produktionsprozessen als wichtiger Treiber der Dekarbonisierung am Weg zur Klimaneutralität.

Mehrere Elemente des Entwurfs der EK zur Senkung der Stromabgaben für energieintensive Verbraucher und zur Senkung der Umweltsteuern stellen, aus Sicht der österr. Industrie, eine übermäßige Belastung für die Industrie dar und erhöhen zudem das Risiko einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen.

- Die Beihilfeintensität für Kürzungen, die im Entwurf auf 75 % begrenzt ist, sollte wie in der aktuellen Phase 2013-2020 bei 85 % belassen werden (Rn. 359). Der Schutz für die am stärksten exponierten Unternehmen sollte bei 0,5 % Bruttowertschöpfung (BWS), statt der vorgeschlagenen 1,5 % BWS (Rn. 360) belassen werden.
- Diese Ermäßigungen/Ausnahmen gelten sinngemäß für andere Abgaben, die direkt oder indirekt die Umsetzung der im Europäischen Grünen Deal festgelegten Ziele der EU-Klimaschutzpolitik finanzieren und die zu hohen Energiekosten führen können, z. B. in Bezug auf Kapazitätsmechanismen, Netz Kosten und andere ähnliche Abgaben (Rn. 354).

### III.8. Transparenz (ad Rn. 56)

Der Entwurf der neuen Leitlinien sieht vor, wonach Informationen über gewährte Einzelbeihilfen von mehr als € 100.000 in der Beihilfentransparenzdatenbank der EK („TAM“) veröffentlicht werden müssen. Die **Reduktion der Transparenzgrenze auf € 100.000 wird sehr kritisch gesehen**. Im Sinne der von der EK gewollten Konzentration auf große, wettbewerbsverzerrende Beihilfen und eines Abbaus der Bürokratie wäre der Betrag jedenfalls nicht zu verringern und zumindest gleichzusetzen mit der bestehenden AGVO Grenze von € 500.000.

### III.9. Evaluierungsplan (ad Abschnitt 5)

Rn. 400 des Entwurfs sieht vor, wonach bei Beihilferegelungen, deren jährliche Mittelausstattung über € 150 Mio oder über € 750 Mio während der Gesamtlaufzeit der Regelung liegen, der MS einen verpflichtenden ex-post Evaluierungsplan notifizieren muss. Die ex-post Evaluierung muss von einem unabhängigen Sachverständigen durchgeführt werden. Gemäß Rn. 405 muss der Evaluierungsplan den von der EK vorgegebenen Grundsätzen entsprechen und veröffentlicht werden.

Die österr. Fördersysteme unterliegen ohnehin, unbeschadet der Vorgaben der EK, einer verpflichtenden wirkungsorientierten Folgenabschätzung. Die EK sollte die, **in den MS bereits vorhandenen Evaluierungssysteme berücksichtigen und anerkennen**. Gerade zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele erschließt sich der Sinn von weiteren verpflichtenden, Zeit- und Kostenintensiven administrativen Bürden nicht.

### III.10. Übergangsbestimmungen (ad Abschnitt 7)

In Rn. 413 wird klargestellt, wonach die EK die neuen Leitlinien bei der Prüfung der Vereinbarkeit der notifizierten Beihilfen anwenden wird, über die sie ab dem 1.1.2022 zu entscheiden hat.

Rn. 414 verpflichtet die MS, ihre bestehenden Beihilferegelungen zu ändern, um sie spätestens **bis zum 31.12.2023 mit den neuen Leitlinien in Einklang zu bringen**.

**Bestehende Fördersysteme** mit mehrjährigen Förderverträgen, etwa für die Bereitstellung von Energie aus Erneuerbaren Energieträgern, **benötigen Rechtssicherheit**. Daher sollten bestehende, von der EK genehmigte Beihilfenregelungen mit mehrjährigen Förderverträgen **explizit** von der Verpflichtung zur Anpassung an die neuen Leitlinien **ausgenommen** werden.



#### **IV. SPEZIFISCHE ANMERKUNGEN**

Neben den oben aufgelisteten, allgemeinen Anmerkungen zu dem vorliegenden Entwurf der EK für die neuen Leitlinien, gibt es noch einige spezifische Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge. Die aufgelisteten, spezifischen Punkte sind nicht abschließend. Etwaige, weitere Anmerkungen zu einzelnen Punkten werden gegebenenfalls nachgereicht.

##### **IV.1. Anwendungsbereich (ad Rn.12)**

Es sollte nicht zu einem de-facto Ausschluss der stofflichen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen im Sinne der Bioökonomie kommen. Der vorliegende Entwurf adressiert nicht - zumindest nicht explizit - alle Elemente des European Green Deals. Vor allem die Säulen der Transformation der Wirtschaft, respektive die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, werden nur teilweise berücksichtigt. Während der Umstieg von fossilen auf erneuerbare (und biogene) Energieträger in den Leitlinien gut berücksichtigt wird, wird der Ersatz fossiler Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe – vor dem Hintergrund einer nachhaltigen, stofflichen Verwertung im Sinne der Bioökonomie – als ein wesentliches Fundament bei der Erreichung der Klimaziele zu wenig berücksichtigt. Die Vergangenheit hat gezeigt, wonach bei Umstellung auf bioökonomierelevante Technologien hohe Investitionskosten anfallen können und daher ein Bedarf an staatlichen Beihilfen besteht. Die Potenziale betreffend die CO<sub>2</sub> Einsparungen durch den Ersatz von fossilen Ressourcen. Der Rahmen bzw. der unmittelbare Bezug – im Sinne des European Green Deal, der europäischen Klimaziele und der Ausschöpfung aller Potenziale zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen – ist herzustellen, auch durch Erwähnung und Link auf die „EU bioeconomy strategy“. Der vorliegende Entwurf berücksichtigt die Nutzung nachwachsender Ressourcen als Energieträger und berücksichtigt jedoch noch nicht ausreichend die kaskadische Nutzung im Sinne einer Kreislaufwirtschaft.

##### **IV.2. Begriffsbestimmungen**

Rn. 24 legt fest, wonach für „Demonstrationsvorhaben“ belegt werden muss, dass es sich in der gesamten Union um „first of its kind“ handelt. Der Bezugsrahmen auf die gesamte Union geht zu weit und ist de facto kaum überprüfbar. Der räumliche Bezugsrahmen bzgl. Innovation und Demonstrationsvorhaben sollte auf ein, für die Förderstelle überschaubares Territorium herunter gebrochen werden.

### IV.3. Ausschreibungen

Wie bereits erwähnt, ist das Kriterium in Rn. 48 c in kleineren MS wie Ö aufgrund teils geringer Anzahl bietender Unternehmen nicht immer erfüllbar. Es braucht eine explizite Ausnahme für diese MS bzw. eine europaweite Diskussion darüber.

### IV.4. Verringerung der Treibhausgasemissionen (ad Rn. 73)

Vor dem Hintergrund der Reduktion der Treibhausgasemissionen sollte die Gruppe der Beihilfen zur Verringerung und zum Abbau von Treibhausgasemissionen, u. a. durch Förderung Erneuerbarer Energien explizit auch um „**Energieeffizienz**“ und „**innerbetriebliche Abwärmenutzung**“ erweitert werden.

### IV.5. Öffentliche Konsultation und Ausschreibungen (ad Rn. 85 und Rn. 92)

Wie bereits im allgemeinen Teil begründet, ist die verpflichtende „öffentliche Konsultation“, in der von der EK vorgeschlagenen Form, als zu bürokratisch und zu Zeitaufwendig abzulehnen. Im Lichte der ambitionierten Zielsetzungen für die Decarbonisierung sind zusätzliche bürokratische und zeitaufwendige Hürden nicht rechtfertigbar.

Wie ebenfalls im allgemeinen Teil dargelegt, ist das Primat der Ausschreibung von Beihilfen, wie in einigen Fördertatbeständen vorgeschrieben, zu hinterfragen. Eine Verpflichtung zur Ausschreibung wird vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie sehr kritisch hinterfragt. Dies sollte auf Freiwilligkeit der einzelnen MS selbst entschieden werden bzw. an die Anzahl der Marktteilnehmer in den jeweiligen MS angepasst werden.

### IV.6. Beihilfen in Form von Steuerermäßigungen (ad Rn. 95)

Staatliche Beihilfen gem. Art 107 (1) AEUV sind per definitionem „selektiv“, dh zeitlich, räumlich und auf bestimmte Unternehmen begrenzt. Eine Beihilfenvoraussetzung, wie in Rn. 95 genannt, wonach die Beihilfen allen Unternehmen in demselben Wirtschaftszweig gewährt werden müssen, ist kontradiktorisch. Es ist grundsätzlich zu begrüßen, wonach MS Beihilfen in Form von regulatorischen Freiräumen (Regulatory Sandboxes), mit den Zielen der Dekarbonisierung und den Umweltschutz zu verbessern, einrichten können. Die regulatorischen Freiräume sollen zeitlich befristet, räumlich begrenzt und selektiv gewährt werden können. Dies ist auch im Rahmen der Rn. 271 sicherzustellen.

#### **IV.7. Beihilfen zur Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz und der Umweltbilanz von Gebäuden**

Neben Leitungsinfrastruktur für Energie in Rn. 116 (c) sollten auch um Leitungsinfrastruktur für Daten und etwaige anfallende Netzgebühren bzw. Netzkosten ergänzt werden.

Die aktuelle Formulierung in Rn. 125 schließt die Förderung des Aufbaus von Basis-Infrastruktur einer Gemeinschaftsanlage aus. Bei Gemeinschaftsanlagen kann der Fall auftreten, dass Investitionen getätigt werden, die erst schrittweise zur Verbesserung beitragen. Ladestationen werden in bestimmten Fällen erst sukzessive hinzugefügt, während die grundlegende, eine Gemeinschaftsanlage ermöglichende Basis-Infrastruktur (z.B. Transformator, Steigleitungen, E-Installationen, Leitungsinstallationen etc.) sofort benötigt werden. Diese Installationen sollten auch förderfähig sein, da sie essentiell für die Verbesserung der Umweltbilanz oder der Gesamteffizienz sind.

Um die Miteinbeziehung der Förderfähigkeit von Ladeinfrastruktur in Rn. 125 wird ersucht. Da diese – z.B. die Basis-Infrastruktur für Gemeinschaftsanlagen – stark auf die Verringerung des Primärenergieverbrauchs einwirken kann, können somit vorrausschauende förderfähige Investitionen eingeplant werden. Vor dem Hintergrund nationaler und europäischer Dekarbonisierungspläne (Rn. 143) wäre, nach Ansicht des BM Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, der generelle Ausschluss von fossilem Gas im Gebäudesektor zu begrüßen.

#### **IV.8. Beihilfen für den Erwerb oder das Leasing von sauberen Fahrzeugen und sauberer Service-Ausrüstung sowie für die Nachrüstung von Fahrzeugen (ad Abschnitt 4.3.1.)**

Es ist anzumerken, wonach es je nach MS unterschiedliche, nationale Regelungen zu Leasingverträgen gibt. Im Falle der Anschaffung der Fahrzeuge wird überwiegend jene Art Leasing gemeint sein, an deren Ende eine Übertragung des jeweiligen Fahrzeuges ins Eigentum steht.

#### **IV.9. Beihilfen für den Aufbau von Lade- oder Tankinfrastruktur (ad Abschnitt 4.3.2.)**

In Rn. 25 scheint eine Erhöhung des maximalen Anteils der „non-price“ Auswahlkriterien (im vorliegenden Entwurf: 25%) sinnvoll, damit die qualitativen Förderbewertungskriterien auch tatsächlich einen Einfluss haben.

In Rn. 169 sollte die Bezeichnung „upgrade“ angepasst bzw. erweitert werden, um auf die Vielzahl an Modifikationen hinzuweisen, welche die bereits vorhandene Infrastruktur zur Anpassung an den, für den Markthochlauf notwendigen Stand zukünftig benötigt. Die derzeit errichteten Infrastrukturen

befinden sich teilweise noch im Entwicklungs- und Standardisierungsstadium. Die deutsche Übersetzung mit „Modernisierung“ ist passend.

Die Rn. 170 sollte „um Veränderungen zur Erhöhung der Preistransparenz, Barrierefreiheit und Nutzerfreundlichkeit“ erweitert werden. Von der Vorgabe der Verpflichtung der Errichtung etwaiger Erzeugungs- bzw. Speicheranlagen vor Ort („on-site“) sollte abgegangen werden. Ein direkter Bezug („direct-link“) der Lade- bzw. Betankungsinfrastruktur zu den Erzeugungs- bzw. Speicheranlagen kann dabei allerdings erhalten werden. So macht es beispielsweise Sinn, mit einem Elektrolyseur mehrere Tankstellen zu versorgen oder wenn die lokalen Gegebenheiten es ermöglichen, (z.B. Windverhältnisse, geographische Lage, Platzverhältnisse, ...) gleich Erzeugungsanlagen für mehrere Ladestationen zu errichten. Auch Maßnahmen zur Standardisierung von Ad-hoc-Lademöglichkeiten und zu transparenten Bezahlvorgängen an der Ladeinfrastruktur sollten förderfähig sein. Die Bezeichnung „direct link“ sollte auch für die Rn. 178 herangezogen werden.

In Rn. 171 wird die Durchführung einer verpflichtenden „öffentlichen Konsultation“ ebenfalls als kritisch angesehen. Erfolgt eine angekündigte Erklärung für einen Ausbau schlussendlich nicht, vergeht wertvolle Zeit, die der benötigten Geschwindigkeit des Hochlaufs alternativer Infrastrukturen zuwiderhandelt.

Rn. 172 sollte weiter konkretisiert werden. In der vorliegenden Form kann die Intention nicht abgeleitet werden. Erläuterung: Gerade, wenn die Marktdurchdringung groß ist, müssen auch an nicht wirtschaftlichen Standpunkten Infrastrukturen (gefördert) errichtet werden. Genauso macht es Sinn, bei geringer Marktdurchdringung mit Vorleistungen in öffentliche Infrastrukturen die notwendige Investitionssicherheit für Unternehmen bereitzustellen.

Rn. 177 sollte, wie in Rn. 170 beschrieben, um Veränderungen zur Erhöhung der Preistransparenz, Barrierefreiheit und Nutzerfreundlichkeit erweitert werden. Auch wäre die Aufnahme der Planungskosten sinnvoll. Rn. 178 sollte, wie in Rn. 170 beschrieben, erweitert werden. Im Sinne von „direct link“ anstatt „on-site“.

Rn. 181 sollte dahingehend abgeändert werden, wonach nur die wesentlichsten der zugrunde gelegten Annahmen (*verify the main assumptions*) einer nachträglichen Kontrolle zu unterziehen sind.

Um die Vorgaben in Rn 189 bzgl. diskriminierungsfreien Zugang, zu Authentifizierungs- und Zahlungsmethoden sowie die sonstigen Nutzungsbedingungen und Gebühren, die von Dritten für die Nutzung der Lade- oder Tankinfrastruktur erhoben werden, einheitlich über den gesamten Binnenraum zu gestalten, müssen hierfür zentrale Vorgaben bereitgestellt werden. Eine Erarbeitung dieser Vorgaben auf nationaler Ebene erschwert die Errichtung grenzüberschreitender Infrastrukturnutzung.